

306/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Dinghofer, Kröchl, Channer und Genossen an die Staatsregierung, betreffend die Demonstrationen und Ausschreitungen der Arbeiterschaft der Metallindustrie in Steyr am 1. März und in Wels am 4. März 1920.

Am 1. März vormittags erschien eine Abordnung der Arbeiterschaft der Waffenfabrik Steyr im Bureau des Direktors Förster und forderte, daß der Genannte vor der versammelten Arbeiterschaft eine Erklärung in der Angelegenheit der gleitenden Teuerungszulage abgebe. Direktor Förster erklärte anfangs, er verhandle nur mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Arbeiterschaft, doch forderte die mehr als 4000köpfige Menge dringend das persönliche Erscheinen des Direktors. Dabei hatte Herr Direktor die feste Anschauung, daß man beabsichtigte, ihn aus dem Fenster zu stürzen, falls er der Forderung nicht nachkomme.

Direktor Förster betrat nun den Balkon und erklärte der Menge, daß die Angelegenheit am nächsten Tage vor das Einigungsamt gebracht werde. Nun forderte die Menge, daß ihr die eineinhalbstündige Zeitverjämmerung anlässlich der Demonstration gezahlt werde. Dabei nahmen die Leute eine äußerst drohende Haltung an — die meisten trugen Steine in den Händen — und nur dadurch, daß Direktor Förster seine Kaltblütigkeit bewahrte und auf die provozierenden Äußerungen nicht einging, blieb er vor tätlichen Insultierungen bewahrt.

Den Drohungen und der Gewalt weichend, sicherte Direktor Förster den Arbeitern die Bezahlung der eineinhalbstündigen Demonstration zu, falls am Nachmittag wieder gearbeitet würde.

Auf diese Zusicherung hin zerstreute sich die Menge, um am Nachmittag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am 4. März, zirka 1/24 Uhr nachmittags, erschienen in der Maschinenfabrik L. Hinterschweiger & Co. in Lichtenegg bei Wels, während die Arbeiter dieses Betriebes ruhig arbeiteten, die Arbeiter aus den übrigen metallverarbeitenden Betrieben von Wels, erbrachen das vom Portier der Fabrik versperrte Tor und drangen in die Fabrikräume ein. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich in die Kanzlei des Chefs der Firma, Herrn Ludwig Hinterschweiger, und forderte:

1. die Auszahlung der beschlossenen gleitenden Teuerungszulage von 50, respektive 30 Prozent am Samstag, den 6. März 1920, ferner

2. die Bezahlung der verjämmerten Arbeit durch die am Dienstag, den 2. März 1920, abgehaltene passive Resistenz sowie die Bezahlung der entgangenen Arbeitszeit für die heutige Demonstration.

Trotzdem die erste dieser Forderungen laut Beschluß des paritätischen Lohnkomitees bereits mit 2. März erfüllt war und die Weisung der Auszahlung bereits sich in den Händen der Firmen befunden hatte, wurde dennoch die bindende Erklärung verlangt, daß die gleitende Zulage ausbezahlt werde. Die zweite Forderung wollte Herr

Konstituierende Nationalversammlung. — 67. Sitzung am 17. März 1920.

Hinterschweiger in einer Sitzung mit den Industriellen von Wels besprechen und gab dies auch der erschienenen Abordnung bekannt.

Damit gaben sich aber die Demonstranten nicht zufrieden, sondern verlangten stürmisch, sofort diejenigen Industriellen, die von dieser Frage berührt wurden, telephonisch zu befragen und ihre Einwilligung zu bewirken. Dies geschah, nahm aber einige Zeit in Anspruch, während welcher die Demonstranten sich immer lauter gebärdeten. Die aufgerufenen Firmen gaben ihre Zustimmung und somit schien auch die zweite Forderung erfüllt.

Darauf wurde von den Demonstranten eine diesbezügliche schriftliche Erklärung verlangt und auch abgefaßt. Nunmehr drängten die Arbeiter lärmend in die Kanzlei und forderten von Herrn Hinterschweiger, von der Galerie der Fabrik aus, den Demonstranten die abgefaßte Erklärung zu verlesen. Nur mit Mühe gelang es Herrn Hinterschweiger, sich vor dem Hinabstoßen von der Galerie zu schützen. Nach Verlesen der Erklärung forderte der Genannte die Arbeiterschaft auf, sich ruhig nach Hause zu begeben, da ja ihre Forderungen restlos erfüllt seien.

Die Demonstranten leisteten dieser Aufforderung aber keine Folge, vielmehr erhob sich ein großer Tumult, Schmährufe und Drohungen schärfster Art wurden laut. Als sich nun Herr Hinterschweiger von der Galerie ins technische Bureau begeben wollte, versuchten die Leute, ihn zurückzureißen, bei dieser Gelegenheit erhielt Herr Hinterschweiger zwei Faustschläge ins Gesicht.

Unterstützt von besonnenen Beamten gelang es Herrn Hinterschweiger, von den Händen der Angreifer frei zu werden und das technische Bureau zu erreichen; nur mit äußerster Anstrengung war es den Beamten möglich, die Tür des Bureaus zu verschließen und zu versperren. Diese wurde nun gewaltsam aufgesprengt und das Bureau eingehend nach Herrn Hinterschweiger, der sich inzwischen flüchten konnte, untersucht. Als die Arbeiter nach längerem Suchen Herrn Hinterschweiger nicht fanden, ließen sie ab davon und zerstreuten sich.

Die Forderung 1. Die Auszahlung der gleitenden Teuerungszulage pro 50 respektive 30 Prozent am 6. März durchzuführen, war vollständig unnötig, weil ja bereits zwei Tage vorher von dem Industriellenverband in Linz an alle Unternehmer die Weisung ergangen ist, daß die Teuerungszulage auszubahlen sei.

Die Forderung 2 der Bezahlung der verlorenen Arbeitszeit der passiven Resistenz am Dienstag, den 3. März, in solcher Form vorzubringen, war ungerecht, nachdem mit Ausnahme eines Werkes mit den übrigen Werken von der

Arbeiterschaft diese Forderung noch gar nicht gestellt war. Die Arbeiterschaft machte Herrn Hinterschweiger als Präsident des Verbandes der Industriellen von Oberösterreich und Salzburg dafür haftbar, daß die Verhandlungen über die gleitende Teuerungszulage längere Zeit in Anspruch genommen hat, als dies gewünscht wurde, wiewohl für den Monat Februar die Arbeiterschaft mangels entsprechender Abschlüsse über die gleitende Teuerungszulage von den Unternehmern Vorschüsse ausbezahlt erhalten hat.

Es wird festgestellt, daß Herr Hinterschweiger als Präsident des Verbandes der Industriellen von Oberösterreich und Salzburg bei den Verhandlungen über die Festsetzung der Höhe derselben nicht aktiv tätig war und weder er, noch die Industriellen an der Verzögerung irgend welche Schuld tragen. Es war somit die Demonstration vollständig unangebracht.

Gleichzeitig, während Herr Hinterschweiger im Innern der Fabrik arg bedrängt wurde, wurde der Kalkulationsbeamte Herr Wösch und der Obmann des Beamtenbetriebes der Fabrik Hinterschweiger Herr Ingenieur Zehra, welcher Herrn Wösch zu Hilfe kommen wollte, tätlich insultiert, ohne daß ein Grund hierfür vorhanden gewesen wäre.

Der Fall Hinterschweiger ist nun schon der dritte in seiner Art in Wels und übertrifft an Praxheit alle seine Vorgänger. Dabei sind die Industriellen in Wels ganz besonders darauf bedacht, der Arbeitslosigkeit zu steuern und besonders die Firma Hinterschweiger ließ den ganzen Winter hindurch Arbeiten vornehmen, nur um die Arbeiterschaft nicht brotlos zu machen. Auch jetzt wird bei dieser Firma trotz der hohen Kosten viel gebaut und so der Arbeitslosigkeit gesteuert. Selbst von der sozialdemokratischen Gewerkschaft wird anerkannt, daß in Wels wenige oder gar keine Arbeitslosen vorhanden sind.

Außerdem werden in Wels sehr hohe Arbeitslöhne bezahlt, weshalb die Demonstrationen nur dadurch zu erklären sind, daß haltlose Elemente eine Hege ganz unverantwortlicher Art betreiben, die mit der Zeit nicht nur jede Arbeit erschwert, sondern faktisch unmöglich macht.

Sollte die Arbeiterschaft der Metallindustrie auch künftighin ihre Forderungen statt durch legale Verhandlungen durch terroristische Akte zu erzwingen suchen, so werden die Folgen dieser Handlungsweise für die Fortführung der industriellen Betriebe und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe überhaupt unabsehbar sein.

Angeichts dieser Vorgänge, welche selbst die Weiterführung der geringen industriellen Produktion, über die Österreich noch verfügt, unmöglich machen und zur vollständigen Lahmlegung oder zum Verkauf

Konstituierende Nationalversammlung. — 67. Sitzung am 17. März 1920.

der Unternehmen an Ausländer führen müssen, stellen die Gefertigten an die Staatsregierung folgende Anfragen:

„1. Ist die Regierung bereit, sofort eine genaue Untersuchung der geschilderten Vorfälle einzuleiten und die strengste Bestrafung der schuldtragenden Personen zu veranlassen?“

2. Ist die Regierung bereit, die persönliche Freiheit der Staatsbürger zu schützen

und Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, die Begehung solcher Terrorakte in Zukunft zu verhüten?“

3. Ist die Regierung bereit, über das Ergebnis der Untersuchung sowie über die von ihr getroffenen Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung solcher verbrecherischer Ausschreitungen der Konstituierenden Nationalversammlung Bericht zu erstatten?“

Wien, 17. März 1920.

Dr. Straffer.
Müller-Guttenbrunn.
J. Mayr
Dr. Angerer.
Größbauer.
Schöchtner.
Dr. Waber.

Dr. Dinghofer.
Krözl.
Thanner.
Kraft.
M. Pauly.
Gleßin.
Egger.